

# DEPARTEMENT VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES

FR	٨	C		R	$\cap$	2	N
ГΚ	н	u	ᆮ	o	u	u	IV

Anhörung zur Teilrevision des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO)

#### vom 7. April 2017 bis 7. Juli 2017

Name/Organisation	
Kontaktperson	
Kontraktadresse	
PLZ Ort	
Telefon	
E-Mail	

#### Einzureichen an (vorzugsweise elektronisch)

Departement Volkswirtschaft und Inneres Generalsekretariat Frey-Herosé-Strasse 12 5001 Aarau

E-Mail: dvi@ag.ch

#### Auskunftsperson während des Anhörungsverfahrens

Jacqueline Lang, Projektleiterin, Departement Volkswirtschaft und Inneres (Tel. 062 835 14 18, jacqueline.lang@ag.ch)

Für Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen verwenden Sie bitte die Bemerkungsspalte der Synopse zur Änderung des EG StPO.

### Fragen zur Anhörung

### 1. Flexiblere Organisationsstruktur der Staatsanwaltschaft

Then	na	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
Erweiterung des Handlungs- spielraums für die Organisation der Staatsanwaltschaft		§ 3 EG StPO	• Kap. 4.1
	Sie mit dieser Regelung erstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
	ja		
	eher ja		
	eher nein		
	nein		
	keine Angabe		

### 2. Funktion und Anstellungsvoraussetzungen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
Verzicht auf das Anwaltspatent als Anstellungsvoraussetzung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie bei den stellvertretenden leitenden Staatsanwältinnen und Staats- anwälten	§ 7 Abs. 1 EG StPO § 6 Abs. 3 EG StPO	• Kap. 4.4
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

### 3. Ausdehnung der Einzelrichterkompetenz im abgekürzten Verfahren

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
Ausdehnung der Einzelrichter- kompetenz im abgekürzten Ver- fahren auf das gemäss Bundesrecht max. zulässige Mass von bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe	§ 11 Abs. 1 <sup>bis</sup> EG StPO	• Kap. 4.6
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

## 4. Mitteilung von rechtskräftigen Strafentscheiden und hängigen Strafverfahren

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
4.1 Mitteilung von Strafentscheiden und Strafverfahren im Allgemeinen Ausgestaltung von § 24 EG StPO als allgemeine Bestimmung zur Mitteilung von rechtskräftigen Strafentscheiden und hängigen Strafverfahren an andere Behörden; Regelung der Einzelheiten durch Verordnung	§ 24 EG StPO	• Kap. 4.8
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>□ ja</li><li>□ eher ja</li><li>□ eher nein</li><li>□ nein</li><li>□ keine Angabe</li></ul>		
4.2 Mitteilung an Arbeitgeber betreffend Strafverfahren gegen Angestellte von Kanton und Ge- meinden Regelung der Voraussetzungen, wann eine Mitteilung über ein hän- giges oder erledigtes Strafverfahren gegen eine bei einem kantonalen oder kommunalen Arbeitgeber angestellte Person erfolgen kann	§ 24a EG StPO	• Kap. 4.9
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
4.3 Mitteilung an Leitung von Bildungs-/Betreuungseinrichtungen mit privatrechtlicher Trägerschaft Regelung der Voraussetzungen, wann eine Mitteilung über ein hängiges oder erledigtes Strafverfahren gegen eine bei einer Bildungs- oder Betreuungseinrichtung mit privatrechtlicher Trägerschaft angestellte Person erfolgen kann	§ 24b EG StPO	• Kap. 4.10
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?    ja	Begründung und/oder Bemerkungen:	
4.4 Mitteilung an Kantonspolizei Regelung der Mitteilungspflicht der Staatsanwaltschaft, der Jugendan- waltschaft und der Gerichte gegen- über der Kantonspolizei	§ 24c EG StPO § 15a EG JStPO	• Kap. 4.11 • Kap. 6.5.2
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

### 5. Meldepflichten und Melderechte von Mitarbeitenden des Kantons und der Gemeinden

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
5.1 Konkretisierung der Meldepflicht Konkretisierung der Meldepflicht der Mitarbeitenden des Kantons und der Gemeinden betreffend Straftaten, von denen sie in ihrer amtlichen Stellung Kenntnis erhalten	§ 34 Abs. 1 EG StPO	• Kap. 4.13.2
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
5.2 Einschränkung der Melde- pflicht Einschränkung der Meldepflicht für bestimmte Mitarbeitende	§ 34 Abs. 1 <sup>bis</sup> EG StPO	• Kap. 4.13.2
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		
5.3 Delegation an Regierungsrat Schaffung der Kompetenz des Regierungsrats, für Vergehen, die auf Antrag zu verfolgen sind, sowie für Übertretungen Meldepflichten und Melderechte durch Verordnung festzulegen	§ 34 Abs. 1 <sup>quater</sup> EG StPO	• Kap. 4.13.2
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

### 6. Nachträgliche Entscheide und Sicherheitshaft

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
6.1 Vertretung vor Gericht bei nachträglichen Entscheiden Vollzugsbehörde kann direkt Antrag auf einen nachträglichen Entscheid beim zuständigen Gericht stellen und die Sache selber vor Gericht vertreten; Staatsanwaltschaft kann anstelle der Vollzugsbehörde ins Verfahren eintreten	§ 39 Abs. 2 und 2 <sup>bis</sup> EG StPO	• Kap. 4.14.1
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
6.2 Zuständigkeit für den Fest- nahmebefehl und den Antrag auf Sicherheitshaft zur Rückverset- zung in den Straf- und Massnah- menvollzug Vollzugsbehörde kann betroffene Person vor oder gleichzeitig mit Einleitung eines gerichtlichen Nach- verfahrens zur Verhaftung aus- schreiben, den Festnahmebefehl erlassen und direkt beim Zwangs- massnahmengericht Antrag auf Anordnung von Sicherheitshaft stellen; Vollzugsbehörde kann die Sache selber vor Zwangsmass- nahmengericht vertreten; Staatsan- waltschaft kann anstelle der Voll- zugsbehörde ins Verfahren eintreten	§ 44 Abs. 1 und 1 <sup>bis</sup> EG StPO	• Kap. 4.14.2
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

## 7. Umfang bestehender Parteirechte im Strafverfahren und Einräumung von Parteirechten

Them	na	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
7.1 Umfang bestehender Parteirechte Definition des Umfangs bestehender Parteirechte von kantonalen und kommunalen Behörden im Strafverfahren		§ 40b Abs. 1 EG StPO	• Kap. 4.16.4
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?		Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>			

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
7.2 Einräumung von Parteirechten Einräumung von Parteirechten im Strafverfahren zugunsten der anzeigenden Behörde	§ 40b Abs. 2 EG StPO	• Kap. 4.16.4
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		
7.3 Einräumung von Parteirechten	§ 40b Abs. 3 EG StPO	• Kap. 4.16.4
Einräumung von Parteirechten im Strafverfahren zugunsten des Amts für Verbraucherschutz im Bereich der Tierschutzgesetzgebung		
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		
7.4 Einräumung von Parteirech-	§ 52 Abs. 3 GebVG	• Kap. 6.7
Einräumung von Parteirechten zugunsten der Aargauischen Gebäudeversicherung (AGV), wenn ein Strafverfahren in direktem Zusammenhang mit Schaden steht, der gemäss Gebäudeversicherungsgesetz durch die AGV zu entschädigen ist		
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>□ ja</li><li>□ eher ja</li><li>□ eher nein</li><li>□ nein</li><li>□ keine Angabe</li></ul>		

# 8. Ermöglichung der gemeinsamen Datenhaltung der Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden

Thema	Revision EG StPO	Wo im Anhörungsbericht?
Ermöglichen des Betriebs von Datenbearbeitungs- und Informationssystemen mit gemeinsamer Datenhaltung und des elektronischen Austauschs von Daten und Prozessinformationen zwecks Aufgabenerfüllung bei den Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden sowie weiteren beteiligten Behörden	§ 55d EG StPO § 18a EG JStPO	• Kap. 4.23 • Kap. 6.5.4
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>□ ja</li><li>□ eher ja</li><li>□ eher nein</li><li>□ nein</li><li>□ keine Angabe</li></ul>		

### 9. Rechtsmittelweg im Jugendstrafvollzug

Thema	Fremdänderung EG JStPO	Wo im Anhörungsbericht?
Festlegung einer einheitlichen Beschwerdemöglichkeit ans Obergericht gegen sämtliche strafvollzugsrechtlichen Anordnungen der Jugendanwaltschaft (vorbehältlich der Zuständigkeiten im Bereich des Disziplinarwesens)	§ 17a EG JStPO	• Kap. 6.5.3
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?	Begründung und/oder Bemerkungen:	
<ul><li>ja</li><li>eher ja</li><li>eher nein</li><li>nein</li><li>keine Angabe</li></ul>		

### 10. Weitere Bemerkungen

Gibt die Vorlage zu sonstigen Bemerkungen Anlass?

(Für Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen verwenden Sie bitte die Bemerkungsspalte der Synopse zur Änderung des EG StPO)